

## **Sessionsbericht der Frühlingsession 2011**

Der Ständerat hat in der Frühlingsession 2011 die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) im Jahr 2012 behandelt (siehe **Im Plenum behandelt**). Dabei hat er die Mittel für die Berufsbildung und die Fachhochschulen erhöht. Der Bund kann seinen gesetzlich festgelegten Anteil an den Kosten der Berufsbildung und der Fachhochschulen damit zumindest teilweise leisten. Einige Ständerätinnen und Ständeräte hoben in der Debatte die grosse Bedeutung der BFI-Institutionen für die Ausbildung der Jungen und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz hervor. Die Mittel für die kantonalen Universitäten, den ETH-Bereich und den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) erhöhte der Ständerat aber nicht. Der ETH-Bereich erhält damit im Vergleich zu 2011 ein Mittelwachstum von bescheidenen 1,9 Prozent. Auch das Wachstum der kantonalen Universitäten (3,5 Prozent) und des SNF (3 Prozent) fallen im Vergleich zum 6-Prozent-Wachstum, das das Parlament 2006 in der Session von Flims beschlossen hatte, zu niedrig aus.

Will die Schweiz auch in zehn Jahren an der Spitze von Forschung und Innovation stehen, braucht es in der BFI-Botschaft 2013-2016 eine Wachstumsstrategie. Die Verantwortlichen der wichtigsten BFI-Institutionen der Schweiz – der Rektorenkonferenz der Universitäten (Crus), der Rektorenkonferenz der Fachhochschulen (KFH), des SNF, des ETH-Rates und der Akademien der Wissenschaften – haben mit gemeinsamen Prioritäten die Grundlage dafür erarbeitet. Diese legen den Schwerpunkt vor allem auf den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Forschungsinfrastrukturen.

Es ist zu hoffen, dass der Bundesrat die BFI-Botschaft 2013-2016 an diesen Prioritäten ausrichtet und eine Finanzierung vorschlägt, die es den Institutionen erlaubt, weiterhin zum wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolg der Schweiz beizutragen.

### **Im Plenum behandelt**

#### **BFI-Botschaft 2012: Mehr Mittel für Berufsbildung und Fachhochschulen**

Der Ständerat hat am 17. März 2011 bei der Beratung der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft, **10.109**) im Jahr 2012 zusätzliche Mittel für die Berufsbildung und die Fachhochschulen beschlossen. Die Berufsbildung soll zusätzlich 49 Millionen, die Fachhochschulen 14 Millionen Franken erhalten. Damit kann der Bund seinen gesetzlichen Anteil an den Berufsbildungskosten (25 Prozent) und den Investitions- und Betriebskosten der Fachhochschulen (30 Prozent) zumindest teilweise leisten. Bei den Zahlungsrahmen der kantonalen Universitäten, des ETH-Bereichs und des Schweizerischen Nationalfonds nahm der Ständerat keine Erhöhungen vor. Das Geschäft geht an den Nationalrat.

{Wortprotokoll SR 17.03.11}

#### **Humanforschungsgesetz nimmt erste Hürde im Nationalrat**

Der Nationalrat hat am 10. März 2011 das Humanforschungsgesetz (**09.079**) in der Gesamtabstimmung angenommen. Für Diskussionen sorgte unter anderem die Frage, ob die Forschungsfreiheit im Gesetz festgeschrieben werden soll. Mit einer Stimme Unterschied entschied der Nationalrat, die Forschungsfreiheit im Gesetz nicht zu erwähnen. Umstritten war auch, ob es zulässig ist, Versuchspersonen unvollständig über ihre Teilnahme an einem Forschungsprojekt aufzuklären. Der Nationalrat war der Meinung, dass eine partielle Aufklärung in bestimmten Fällen – etwa aus methodischen Gründen – vertretbar ist. Ein weiterer umstrittener Punkt war die Entlohnung von Versuchspersonen. Der Nationalrat erachtete es als zulässig, Versuchsperson zu bezahlen, wenn sie vom Forschungsprojekt keinen Nutzen haben. Das Humanforschungsgesetz geht nun an den Ständerat.

{Wortprotokoll NR 09.03.11}

{Wortprotokoll NR 10.03.11}

### **Parlament beschliesst einheitliche Regeln für Psychologieberufe**

Der Nationalrat ist bei der Beratung des Psychologieberufegesetzes (09.075) am 9. März 2011 dem Bundesrat und den Vorschlägen des Ständerats gefolgt. Damit gelten nun schweizweit einheitliche Regeln für den Gebrauch des Titels Psychologe oder Psychologin. Um diesen Titel zu erhalten, ist ein Masterabschluss in Psychologie erforderlich. Der Master in Psychologie ist nach dem neuen Gesetz auch die Voraussetzung, um eine Weiterbildung in Psychotherapie zu absolvieren. Wird das Referendum nicht ergriffen, kann der Bundesrat das Gesetz Mitte 2011 in Kraft setzen.

{Wortprotokoll NR 09.03.11}

### **Mehrwertsteuer-Einheitssatz ist noch nicht vom Tisch**

Der Ständerat ist am 14. März 2011 bei der Beratung des Teils B der Mehrwertsteuerrevision (08.053) dem Nationalrat nicht gefolgt. Dieser hatte den Gesetzesentwurf in der Wintersession 2010 an den Bundesrat zurückgewiesen. Der Ständerat war der Meinung, dass die Vorlage zwar Schwachpunkte aufweise, das Parlament sie aber behandeln und anpassen könne. Das Geschäft geht zurück in den Nationalrat. Neben einem Einheitssteuersatz von 6,2 Prozent sieht der Teil B der Mehrwertsteuerreform vor, die meisten Steuerausnahmen, darunter auch die Bildung, abzuschaffen. Dies würde bei den Hochschulen zu jährlichen Mehrkosten von zirka 230 Millionen Franken führen.

{Wortprotokoll SR 14.03.11}

### **Bund soll Mindestzahl von Studienplätzen in Medizin festlegen**

Wenn es nach dem Nationalrat geht, soll der Bund festlegen können, wie viele Studienplätze in Medizin die Schweizer Universitäten mindestens anbieten müssen. Zudem soll der Bund jene Kantone und Fakultäten finanziell belohnen, die zusätzliche Studienplätze in Medizin schaffen. Der Nationalrat hat am 3. März 2011 eine entsprechende Motion (10.3886) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) angenommen. Die Motion geht auf einen Vorstoss von Nationalrat Jacques Neirynek zurück. Sie geht nun in den Ständerat.

{Wortprotokoll NR 03.03.11}

## **Geschäfte, die vom Bundesrat beantwortet wurden**

### **Wie wird der Bundesrat die Resultate des NFP 59 kommunizieren?**

Frage 11.5118 von Nationalrat Peter Malama (FDP. Die Liberalen). Der Bundesrat antwortete am 14. März 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Ansturm ausländischer Studenten auf unsere Hochschulen**

Interpellation 10.3903 der SVP-Fraktion. Der Bundesrat antwortete am 11. März 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Warum unterwandert eine ETH-Abteilung die Energiepolitik des Bundes?**

Interpellation 10.4058 von Nationalrat Reto Wehrli (CVP). Der Bundesrat antwortete am 11. März 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Warum bekämpft die ETH-Architekturabteilung das innovativste Technologiegewerbe?**

Interpellation 10.4129 von Nationalrat Peter Malama (FDP. Die Liberalen). Der Bundesrat antwortete am 11. März 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Zulassung ausländischer Spezialisten ohne Schweizer Arbeitsvertrag**

Interpellation 10.3526 von Nationalrat Ruedi Noser (FDP. Die Liberalen). Der Bundesrat beantragte am 23. Februar 2011 die Ablehnung.

### **Bundesamt für Statistik. Forschungsfreiheit garantieren**

Interpellation [10.4012](#) von Nationalrätin Josiane Aubert (SP). Der Bundesrat antwortete am 23. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Studienerfolg in der Schweiz. Über welche Zahlen verfügt das Bundesamt für Statistik?**

Frage [10.1122](#) von Nationalrätin Sylvie Perrinjaquet (FDP. Die Liberalen). Der Bundesrat antwortete am 23. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Kontingente für hochspezialisierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten**

Interpellation [10.3920](#) von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP). Der Bundesrat antwortete am 16. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Vorwürfe des Nationalfonds an Universität und Unispital Zürich**

Interpellation [10.3924](#) von Nationalrat Daniel Vischer (Grüne). Der Bundesrat antwortete am 16. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Forschungsfreiheit in mit Bundesgeldern unterstützten universitären Institutionen**

Interpellation [10.4167](#) von Ständerat Luc Recordon (Grüne). Der Bundesrat antwortete am 16. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

### **Organisation der Schweizer Fachhochschulen**

Interpellation [10.3945](#) von Nationalrat Lieni Füglistaller (SVP). Der Bundesrat antwortete am 2. Februar 2011.

{Antwort des Bundesrats}

## **Neu eingereichte Geschäfte**

### **Die ETH und die Energiepolitik des Bundes**

Interpellation [11.3302](#) von Nationalrat Reto Wehrli (CVP). Eingereicht am 18. März 2011.

### **Mehr öffentliche Mittel für die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien**

Motion [11.3184](#) von Ständerat Raphaël Comte (FDP. Die Liberalen). Eingereicht am 17. März 2011.

### **Ist das Netzwerk technischer Hochschulen im frankophonen Raum wirklich frankophon?**

Frage [11.1012](#) von Ständerat Luc Recordon (Grüne). Eingereicht am 10. März 2011.

### **Mehr öffentliche Gelder für die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien**

Motion [11.3067](#) von Nationalrat Jacques-André Maire (SP). Eingereicht am 9. März 2011.

### **Schweizerischer wissenschaftlicher Nachwuchs**

Postulat [11.3064](#) von Ständerat Peter Bieri (CVP). Eingereicht am 8. März 2011.

### **Studie zum künftigen Bedarf an Fachkräften nach Branchen und Berufsprofilen**

Postulat [11.3044](#) von Nationalrätin Josiane Aubert (SP). Eingereicht am 3. März 2011.

## Schaffung eines Bildungsdepartements durch Neugliederung von Verwaltungseinheiten durch das Parlament

Parlamentarische Initiative 11.402 der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N). Eingereicht am 2. Februar 2011.

Netzwerk FUTURE  
Wissenschaft und Politik

Claude Comina  
[claudio.comina@netzwerk-future.ch](mailto:claudio.comina@netzwerk-future.ch)

Sarah Camenisch  
[sarah.camenisch@netzwerk-future.ch](mailto:sarah.camenisch@netzwerk-future.ch)

### Kontakt

Netzwerk FUTURE  
Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
Tel. 031 351 88 46, Fax 031 351 88 47  
[info@netzwerk-future.ch](mailto:info@netzwerk-future.ch)

+++++

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik. Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

+++++

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

23. März 2011